



2011/23 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2011/23/wenn-burschis-leiden>

Beratungstelefon für Verbindungsstudenten in Göttingen

Wenn Burschis leiden

Von **kai budler**

In Göttingen sorgt ein Beratungstelefon für Verbindungsstudenten für Aufregung. Die Organisatoren warnen vor den Folgen des korporierten Zusammenlebens und wollen Ausstiegswillige unterstützen.

Verblüfft blickt der Sachbearbeiter beim Allgemeinen Studierendenausschuss (Asta) der Universität Göttingen, Eric Angermann, auf die gesammelten Presseberichte zur Initiative »Falsch verbunden«. »Mit einem solchen Wirbel hatten wir wirklich nicht gerechnet«, sagt der Geschichtsstudent. Der 22jährige ist einer von vier Ehrenamtlichen, die für das »Beratungstelefon für Verbindungsstudenten« des Göttinger AStA geschult wurden. Das jüngst initiierte Angebot wendet sich an eine Klientel, die mit dem linken AStA in der niedersächsischen Studentenstadt bislang nicht in Berührung kam. Die Rede ist von Verbindungsstudenten, in den Worten Kurt Tucholskys »ein Haufen von verhetzten, irregeleiteten, versoffenen, farbentragenden jungen Deutschen«. In Göttingen gibt es etwa 800 Studenten, die in knapp 50 farbentragenden und teils schlagenden Verbindungen organisiert sind. Obwohl sie zum alltäglichen Straßenbild in Göttingen gehören, würden die negativen Auswirkungen des Verbindungswesens nicht öffentlich thematisiert, erläutert Angermann. Abhilfe verspricht nun das »Beratungstelefon für Verbindungsstudenten«, ein spezifisches Hilfsangebot für die individuellen Probleme der betroffenen Verbindungsstudenten. Seine Kollegin Svenja von Jan verweist auf Konflikte, über die bislang geschwiegen worden sei. Insbesondere die Korporation als geschlossenes soziales System werfe für ihre Mitglieder Probleme auf, über die die Betroffenen kaum reden oder sich austauschen könnten. In Gesprächen mit ihnen habe sich die Projektgruppe von dem vorhandenen Bedarf für die nun begonnene Beratung überzeugen können. Um die Hemmschwelle herabzusetzen, ist der Erstkontakt anonym. Bei schwerwiegenden Problemen arbeitet das Team mit Psychologen zusammen, weitere Kooperationspartner sind die psychosoziale Beratungsstelle des Göttinger Studentenwerks und die anwaltliche Rechtsberatung im AStA. Tatsächlich ist es kein leichter Schritt, die Verbindung zu verlassen, denn hier gilt das »Lebensbund-Prinzip«. »Austreten kann man nur, wenn sich eine ganz außerordentliche Lage ergibt: Ausgeschlossen kann man werden, wenn man die Regeln des Bundes verletzt«, zitiert Helmut Blazek in seinem Buch »Männerbünde« den Historiker Carl-Wolfgang Schümann. Auch von blindem Gehorsam ist

in der Fachliteratur die Rede, Verbindungsstudenten berichten von »Gesinnungsschnüffelei«. Die Organisatoren der Göttinger Initiative warnen vor bleibenden gesundheitlichen Schäden, beispielsweise durch den übermäßigen Alkoholkonsum, der in Verbindungen üblich ist, oder durch den Leistungsdruck, die straffen Hierarchien und die fragwürdigen Rituale, denen sich die Mitglieder einer Verbindung unterziehen müssen. Solche Organisationen zu verlassen, sei ohne professionelle Hilfe oft nicht möglich. Doch nicht nur Verbindungsstudenten gehören zur Klientel der Initiative »Falsch verbunden«, auch um deren Angehörige und Bekannte wollen die Mitarbeiter sich kümmern. Dass sich auch im Umfeld eines Burschenschaftlers Unbehagen gegenüber dessen Mitgliedschaft in einer Verbindung regen kann, zeigen Einträge in Internetforen. Im Forum des Portals »brigitte young miss« klagt eine Nutzerin: »Entweder kann er an dem einen Wochenende nicht, weil da ein Wochenendausflug mit der Verbindung ansteht, oder er kommt erst einen Tag später, weil er am Vorabend noch einen ›Pflichttermin‹ auf dem Verbindungshaus hat. Mich regt das auf. Wir sehen uns schon so wenig und dann soll ich ständig Rücksicht nehmen auf die dämliche Verbindung.« Vorwürfe, das Projekt wolle lediglich studentische Verbindungen verunglimpfen, weisen die Helfer zurück. »Das ist keine Idee von Linken, die das diffamieren wollen, sondern ein professionelles Angebot«, entgegnet von Jan. Dabei ist die Göttinger Idee nicht neu, an der Universität Leipzig hat eine ähnliche Beratungsstelle bereits 2007 die Arbeit aufgenommen. Die Initiative »Presence« sorgte für große Aufregung in Verbindungskreisen und erhielt wütende Zuschriften und Drohanrufe. Auch in Göttingen sorgte das Projekt »Falsch verbunden« für Aufregung, weiß Angermann zu berichten. Ob bei Facebook-Diskussionen oder anlässlich einer Vortragsreihe über Studentenverbindungen, stets schimpfen Verbindungsstudenten über die »Provokation Beratungstelefon«. Auch der Göttinger RCDS fühlt sich provoziert, er wirft dem AStA »billigen Populismus« vor und glaubt, es handele sich um eine »grundlose und inhaltsleere Verunglimpfung aller Studenten, die (...) mit viel Engagement studentische Traditionen bewahren und neuen Studenten Orientierungsmöglichkeiten im Studium anbieten«. Der AStA verschwende das Geld der Studierenden, bemängelt die der CDU nahe stehende Organisation. Von Jan und Angermann verstehen diesen Vorwurf nicht, denn gerade ihr ehrenamtliches Engagement solle dazu beitragen, dass für die Beratung kein Geld aus den Kassen des AStA benötigt werde. Von den teils wütenden Reaktionen der Verbindungen fühlen sich die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit bestätigt. »Die große Aufregung in der korporierten Szene zeigt doch, dass die von uns aufgegriffenen Probleme unter den Teppich gekehrt werden sollen«, vermutet von Jan. Von einem enormen Andrang, bereits kurz nach der Einrichtung des Beratungstelefons, berichtet Angermann. Dass schon viele hilfesuchende Verbindungsstudenten die Nummer des Beratungstelefons gewählt haben, wertet er als Bestätigung. Neben dieser Arbeit setzt das Team auf die Verteilung von Broschüren auf dem Campus, um die Burschenschaftler zu erreichen. Auch die präventive Arbeit bei Studienanfängern spiele eine große Rolle, berichten die Ehrenamtlichen. Angesichts steigender Mieten seien es vor allem günstige Wohnungen in attraktiven Lagen, mit denen Verbindungen die Erstsemester lockten. Von Jan und Angermann wollen ihre Arbeit in jedem Fall fortsetzen, zumindest bis zum Ende der Legislaturperiode des amtierenden AStA. Dann wird über eine mögliche Fortsetzung des Projektes entschieden.